Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 71 (1998)

Heft: 2

Rubrik: Zivilschutz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zivilschutzkader bieten Bundesrat die Stirn

Über eine Interpellation, die von Ständerat Andreas Iten und sechs Mitunterzeichnern beim Bundesrat eingereicht wurde und mit Gründung der IG ZS 200X, einer Interessengemeinschaft für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, setzen sich Kaderangehörige und vollamtliche Funktionäre des Zivilschutzes zur Wehr. Sie fordern vom Bundesrat eine offene und ehrliche Information über die angestrebte Reform des Zivilschutzes, Respekt vor demokratischen Spielregeln und die paritätische Mitwirkung des Zivilschutzes bei der Schaffung neuer sicherheitspolitischer Leitideen.

Die Interpellation stellt unbequeme Fragen: Wie will der Bundesrat die herrschenden Informationsdefizite über die Zukunft des Zivilschutzes beseitigen? Welche Massnahmen sieht der Bundesrat bei Verstössen der Kantone und der Zivilschützer gegen die Vollzugsvorschriften vor? Strebt der Bundesrat eine Vereinheitlichung des Zivilschutzes an? Und, ist er bereit, die Zivilschutzorganisation im Sinne einer Vernehmlassung an der Neukonzipierung zu beteiligen? Auslöser der Interpellation sind Indiskretionen über die künftige Ausgestaltung des Bevölkerungsschutzes, die vermutlich gezielt über die Medien verbreitet wurden.

Nun hat sich ein breit abgestützter Kreis von Zivilschutzkader und vollamtlichen Funktionären des Zivilschutzes zur IG ZS 200X, Interessengemeinschaft für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, gebildet. Diese will sich für einen zukunftsorientierten Bevölkerungsschutz, insbesondere für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Armee, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr und weiteren Organisationen einsetzen. Sie fordert vom Bundesrat die Möglichkeit, an der Entwicklung neuer sicherheitspolitischer Leitideen aktiv mitarbeiten zu können und will sich für die Zusammenarbeit mit allen interessierten Organisationen und Verbänden einsetzen. Nicht zuletzt fordert die IG ZS 200X eine offensive und ehrliche Information des Bundesrates gegen innen und gegen aussen.

Ausgelöst wurde das Unbehagen der Zivilschutzkader durch Medienkommentare zu einem Referat von Brigadier Hans-Ulrich Ernst, der einen landesweiten Bestand von lediglich 30 000 Zivilschützern postulierte. Diese Berichte sind bis heute weder seitens des zuständigen Bundesamtes noch des Bundesrates dementiert worden. Vielmehr scheinen Äusserungen von Bundesrat Ogi, der seit der Fusion mit dem EMD auch für den Bevölkerungsschutz zuständig ist, die Vermutung zu bestätigen, dem Zivilschutz drohe das Aus. Befremden löste auch die Einsetzung der 42köpfigen Studienkommission für strategische Fragen aus, welche - ohne Vertreter des Zivilschutzes - über die künftige sicherheitspolitische Rolle des Bevölkerungsschutzes zu beraten hat. Die Kommission soll Leitideen für die künftigen sicherheitspolitischen Strukturen von Armee und Zivilschutz entwickeln. Diese werden bereits Anfang März der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Folgen dieser Verunsicherung sind gravierend: Verschiedene Kantone setzen ihre Sollbestände willkürlich fest, ungeachtet der eidgenössischen Vollzugsvorschriften. Andere Kantone verzichten bereits auf die Durchführung von Wiederholungskursen, und einzelne Zivilschutzorganisationen lassen diese gar von privaten Donatoren finanzieren. Zivilschutzangehörige, die berufsbedingt ihren Wohnsitz vom einen Kanton in einen anderen verlegen, sind demotiviert, wenn sie feststellen, dass ihr Einsatz im neuen Kanton kaum mehr gefragt ist. Der Erhalt der milliardenschweren Zivilschutzinvestitionen der Kantone in Infrastruktur und Ausbildung ist ernsthaft gefährdet; der volkswirtschaftliche Schaden der daraus entstehen könnte, alarmiert die Zivilschutzkader auf kantonaler und gemeindlicher Ebene gleichermassen. Da weder das Bundesamt für Zivilschutz noch der Bundesrat die Tragweite der Desinformation zu erkennen scheint, setzt sich die als Verein gegründete IG ZS 200X zur Wehr.

Sonntags-Ente

nzz. Der Präsident der Studienkommission für strategische Fragen (SksF), Botschafter Edouard Brunner, hat Medienberichte über weitere Bestandesreduktionen bei Armee und Zivilschutz dementiert. Die genannten Zahlen stammten nicht aus der Kommission. Für die SksF sei auch die Neuauflage der Blauhelme kein Thema. Einerseits haben sich die Mitglieder der Strategiekommission zum Stillschweigen bezüglich der Debatten und der Dokumente verpflichtet. Andererseits habe die Kommission nie in ihren Diskussionen und Berichtsentwürfen Zahlen genannt, welche die Bestände von Armee oder Zivilschutz erreichen sollten. Solche Evaluationen seien klar ausserhalb des Auftrages der Kommission. Brunner nimmt deshalb an, dass die «Informationen» in der «SonntagsZeitung» nicht von einem Mitglied der Kommission stammen.